

AK I / AK IV

Arbeitskreis Haushalt, Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport / Arbeitskreis Arbeit und soziale Sicherung
16. Juni 2010

Sparpaket der Bundesregierung:

**Reiche und Profiteure der Krise werden geschont,
Erwerbslose und Familien müssen bluten**

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsklausur am 6./7. Juni 2010 ein Sparpaket beschlossen, mit dem gegenüber dem Haushalt 2010 in den vier kommenden Jahren rund 80 Milliarden Euro Minderausgaben und Mehreinnahmen bewirkt werden sollen. Auf 2010 entfällt eine Summe von 11,2 Milliarden Euro, in 2012 sollen es 19,1 Milliarden Euro, in 2013 23,7 Milliarden Euro und in 2014 27,6 Milliarden Euro sein. Trotzdem bleibt für 2014 immer noch eine Finanzierungslücke von 5,6 Milliarden Euro.

Das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik ist tatsächlich nichts anderes als ein Kürzungspaket. Denn rd. 30 Milliarden Euro sollen über Kürzungen im sozialen Bereich eingesammelt werden. Rund 22 Milliarden Euro soll der öffentliche Bereich – z.B. über die Streichung von 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung und die Absenkung der Beamtenbezüge – beitragen. Für den Rest soll die Wirtschaft aufkommen, wobei völlig unklar ist, ob die anvisierten Mehreinnahmen jemals zustande kommen. Ziemlich sicher ist, dass die Wirtschaft die Kosten über Preiserhöhungen auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzen wird.

Bildung und Forschung sollen vorerst nicht angetastet werden. Am im Koalitionsvertrag aufgestellten Ziel, bis 2013 zusätzlich 12 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Entwicklung bereit zu stellen, will die Bundesregierung fest halten. Dies klingt erst mal gut. Allerdings entfallen von diesen geplanten Mehrausgaben auf Bildung nur 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, was den Bedarf bei weitem nicht deckt. Außerdem müssen die Länder, die den Hauptteil der Bildungsausgaben aufbringen, dank verfehlter Steuerpolitik des Bundes und Schuldenbremse eigene Sparpakete auflegen und dabei fast unweigerlich bei der Bildung zulangen, so dass die 1,5 Milliarden Euro schnell zunichte gemacht sein werden.

Das Kürzungspaket der Regierung ist ein unvollständiges Sammelsurium mit heftiger sozialer Unwucht. Bei Hartz IV-Beziehenden, Arbeitslosen und Familien wird rigoros gespart. Die Beteiligung der Wirtschaft am Sparpaket ist dagegen übersichtlich. Die Brennelementsteuer, die am meisten bringen soll, wird von der Bundesregierung an die strikt abzulehnende Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken geknüpft. Sie stellt außerdem keine Belastung der Unternehmen, sondern eine teilweise Abschöpfung von zusätzlichen Gewinnen der Atomwirtschaft, die durch den Emissionshandel und die Laufzeitverlängerung erst ermöglicht werden. Andere Beiträge, die die Wirtschaft angeblich leistet (Luftverkehrsabgabe, Bahndividende), werden im Ergebnis die Verbraucher belasten, weil die Unternehmen die Kosten umlegen werden. Die geplante Bankenabgabe ist kein Beitrag zur Finanzierung der Krisenkosten, sondern soll die Banken bei der nächsten Finanzkrise retten.

Die Bankenabgabe fällt zudem sehr bescheiden aus. Andere Maßnahmen zur angemessenen Haftung der Finanzmarktbranche sollen auf internationaler und europäischer Ebene voran gebracht werden, was angesichts der erwartbaren Widerstände auf dieser Ebene als reines Placebo gelten muss. Von Maßnahmen zur Umverteilung von oben nach unten durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes - und

einer gerechteren Erbschaftssteuer sowie eine Vermögenssteuer findet sich in dem Paket keine Spur. Diejenigen, die an den Finanzspekulationen besonders gut verdient haben, bleiben also außen vor. Die Einsparungen im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst werden zu mehr Arbeitslosigkeit führen und die Binnennachfrage endgültig abwürgen.

Elemente des Sparpakets aus Sicht der LINKEN:

Maßnahme	Inhalt	Bewertung
Ökologische Steuern (Volumen 9,5 Milliarden Euro bis 2014)	Weniger Ausnahmen bei der Ökosteuer, Abgabe auf Flugtickets	Beides sinnvoll; fordert die LINKE seit Jahren.
Beteiligung von Unternehmen (Volumen 19,2 Milliarden Euro)	Brennelementesteuer Bankenabgabe Abschöpfung Bahngewinne Vorrang Staatsforderungen bei Insolvenz	Eine Sondersteuer auf Atomenergie ist zu befürworten, darf aber nicht an Laufzeitverlängerungen geknüpft werden. Eine Bankenabgabe sollte nur die Banken betreffen, die von Staatshilfen profitiert haben und übermäßige Risiken eingegangen sind, nicht Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Mit zwei Milliarden Euro ist die Beteiligung der Banken zudem zu niedrig. DIE LINKE will durch eine Finanztransaktionssteuer 8-15 Milliarden Euro jährlich einnehmen und Banker-Boni mit einer bis vier Milliarden Euro besteuern. Bei der Bahndividende besteht die Gefahr, dass statt einer Aufgabe der Expansionsstrategie eine Einschränkung von notwendigen Investitionen und eine Verteuerung der Preise erfolgen. Fiskusprivileg: Positiv: Schwächung der Gläubigerstellung von Banken; kann allerdings problematisch für Überlebenschancen von Unternehmen werden; notwendig: Überarbeitung der Insolvenzordnung
Sozialausgaben Erwerbslose Volumen: 29,5 Milliarden € Elterngeld und Wohngeld Volumen: 0,7 Milliarden €	Erwerbslose: Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen, Effizienzverbesserungen Vermittlung SGB II Abschaffung Zuschlag ALG II nach Übergang von ALG I kein Zuschuss mehr für Rentenversicherung bei ALG II Elterngeld: Abschaffung Elterngeld bei ALG II Senkung Lohnersatzrate von 67 auf 65 Prozent ab 1.240 Euro netto Wohngeld: Streichung Heizkostenzuschuss	Erwerbslose: trotz weiterhin hoher tatsächlicher Arbeitslosigkeit wird großer Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik weg gekürzt; vom „Fördern“ bleibt nichts mehr übrig; Ermessensleistungen können Willkür Vorschub leisten. Abschaffung befristeter Zuschlag verschärft sozialen Abstieg langjährig Beschäftigter. Kürzung bei Renten führt zu mehr Altersarmut und höherer Belastung der Kommunen (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung). Elterngeld: Abschaffung Elterngeld bei ALG II

		trifft Eltern in Hartz IV materiell sehr hart und nimmt ihnen den letzten Rest der Anerkennung Erziehungsarbeit. Wohngeld: Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wegen hoher Energiepreise weiterhin notwendig. > alle Maßnahmen führen zu sinkenden Einkommen und damit sinkender Konsumnachfrage.
Bundeswehr Volumen: 4,0 Milliarden €	Prüfauftrag für Streitkräfte reform	Pläne noch sehr vage, faktisch Einstieg in Berufsarmee. Kein einziges Rüstungsprojekt wurde gestrichen.
Verwaltung Volumen: 13,4 Milliarden €	Personal: Streichung von 10.000 Stellen, Gehaltskürzung von 2,5 Prozent bei Beamten Ausgaben: Kürzung flexibler und disponibler Ausgaben der Bundesverwaltungen	Personal: Beeinträchtigung der Verwaltung, höhere Arbeitslosigkeit durch Stellenwegfall, geringere gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Ausgaben: Kürzungen bei Ausgaben des Bundes können sinnvoll sein (z.B. Rüstungsprojekte, Auslandseinsätze); Sparvolumen bei flexiblen und disponiblen Aufgaben nicht konkretisiert und gesichert („Luftbuchungen“)
Sonstiges Volumen: 5,4 Milliarden €	Verschiebung Baubeginn Stadtschloss Berlin Zinsersparnis	Schloss ist überflüssig Zinseinsparung nur bei Erfolg des Programms; wird Binnennachfrage geschwächt und Konjunktur abgewürgt, umso höhere Ausgaben

Gespart wird vor allem an Erwerbslosen, Hartz IV-Beziehenden und Familien.

Allein in der Arbeitsmarktpolitik sollen durch die Umwandlung von Anspruchs- in Ermessensleistungen bis 2014 16 Milliarden Euro eingespart werden. Was genau gemacht werden soll, ist noch völlig unklar. Stellt man jedoch in Rechnung, dass der Eingliederungstitel im SGB II derzeit 6,6 Milliarden und im SGB III rund 12 Milliarden Euro pro Jahr beträgt (in letzterem auch Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld enthalten), wird deutlich, dass die Arbeitsmarktpolitik ohne Rücksicht auf die Perspektiven der Betroffenen zum Sparschwein der Nation gemacht wird. Vom viel beschworenen Fördern von Erwerbslosen wird dann erst recht nichts mehr übrig bleiben. Dabei ist aktive Arbeitsmarktpolitik – und hier gerade gute, qualitativ hochwertige Maßnahmen – angesichts einer tatsächlichen Arbeitslosigkeit von 4,45 Mio. (im Mai 2010) nach wie vor dringend nötig.

Bei Hartz IV soll mit dem Übergangszuschlag das letzte Element, das nach Abschaffung der Arbeitslosenhilfe den sozialen Absturz nach dem Arbeitslosengeld mildert, gestrichen werden. Die bereits auf ein klägliches Maß geschrumpften Rentenbeiträge werden vollends abgeschafft.

Eltern in Hartz IV, denen bei der Einführung des Elterngeldes bereits ein Jahr Erziehungsgeld gestrichen wurde, wird nun auch noch das Mindestelterngeld von 300 Euro weg genommen. Dabei wird völlig unterschlagen, dass der Zweck des Elterngeldes – wie bereits des früheren Erziehungsgelds – eine finanzielle Unterstützung bei der Kindererziehung ist, und nicht die Existenzsicherung von Eltern oder Kindern. Eltern in Hartz IV wird diese Honorierung von Erziehungsarbeit genommen. Auch wird selbst im ersten Lebensjahr des Kindes mit Arbeitsanreizen argumentiert, die nicht beeinträchtigt werden sollen. Zwischen Eltern, die Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen, und Eltern in Hartz IV wird damit mit völlig ungleichem Maß gemessen. Es gibt offenbar Kinder, die mehr und welche, die weniger erwünscht sind!

Dieses Sparpaket ist hochgradig unsozial. Es zeigt ganz klar: Schwarz-Gelb schont die Verursacher und Profiteure der Krise und bitte die kleinen Leute und die Familien zur Kasse. Die Ostdeutschen sind von den Sparvorhaben überproportional betroffen, denn im Osten sind besonders viele Menschen arbeitslos, auf Hartz IV oder Wohngeld angewiesen. Die am wenigsten haben, müssen am meisten bluten. Spekulanten, Hochverdienende, Vermögende und Erben kommen dagegen ungeschoren davon. Das ist nicht nur feige, sondern auch Gift für die wirtschaftliche Erholung. Merkel und Westerwelle sparen uns weiter in die Krise! Davor hat selbst der US-amerikanische Finanzminister Geithner dringend gewarnt.

Gegen diesen Irrsinn gilt es zusammen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden breiten Widerstand zu organisieren.

DIE LINKE fordert dagegen eine grundsätzliche Umkehr in der Steuerpolitik. Mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer, einem höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer, einer gerechteren Erbschaftssteuer, einer Reform der Unternehmensbesteuerung, einer Finanztransaktionssteuer, einer Verbesserung des Steuervollzugs sowie eine Steuer auf Banker-Boni können jährlich rund 160 Milliarden Euro eingenommen werden und die Krisenverursacher und -gewinnler gerecht an den Kosten der Krise beteiligt werden. Alle anderen Wege führen in eine Sackgasse der Stagnation und der sozialen Ungerechtigkeit.